

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion
Kanton Basel-Landschaft
Herr Regierungsrat Thomas Weber
Bahnhofstrasse 5
CH-4410 Liestal

Liestal, 18. September 2014

Vernehmlassung zur Vorlage an den Landrat: «Teilrevision des Kinder- und Jugendzahnpflegegesetzes»

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Weber

Wir bedanken uns für die Einladung zur Stellungnahme zur oben erwähnten Gesetzesrevision. Gerne macht die FDP.Die Liberalen Baselland (FDP) von Ihrem Angebot Gebrauch und lässt sich wie folgt vernehmen:

1. Ausgangslage und Zielsetzung

Im Bereich der Kinder- und Jugendzahnpflege wurden im Rahmen des Entlastungspaketes 12/15 verschiedene Einsparmöglichkeiten durch den Regierungsrat geprüft und mit dem Beschluss verabschiedet, das Kinder- und Jugendzahnpflegegesetz (SGS 902) einer Teilrevision zu unterziehen.

Der bisher definierte Grundsatz, wonach der Kanton und die Gemeinden gemeinsam die Kosten tragen, soll erhalten bleiben. Die unter § 10 des Kinder- und Jugendzahnpflegegesetzes festgehaltenen subventionsberechtigten Leistungen sollen hingegen um die Beiträge an kieferorthopädischen Behandlungen gekürzt werden. Die für kieferorthopädische Behandlungen aufzuwendenden Beiträge des Gemeinwesens machen derzeit rund zwei Drittel der Kosten (1 Millionen Franken) der Kinder- und Jugendzahnpflege aus. Durch diese Massnahme könnten sowohl der Kanton als auch die Gemeinden Einsparungen von zirka 1 Million Franken erzielen und somit gleichermassen entlastet werden. Die übrigen Leistungen, wie die individuelle Kariesprophylaxe und konservierende Behandlungen, sind von der Revision nicht betroffen. Gleichzeitig würde der bestehende § 9 des Kinder- und Jugendzahnpflegegesetzes dahingehend geändert, dass neuerdings alle zahnärztlichen Leistungen zum festgelegten günstigen Tarif abgerechnet werden können, auch wenn sie nicht subventionsberechtigt sind. Dies ermöglicht künftig weiterhin kostengünstige kieferorthopädische Massnahmen.

2. Allgemeine Aussagen zum Gesetzesentwurf

Die FDP befürwortet sinnvolle Aufgabenreduktionsmassnahmen und stimmt der Argumentation des Regierungsrates, die vom Kanton und den Gemeinden subventionierten Leistungen des Kinder- Jugendzahnpflegegesetzes um die Beiträge

an kieferorthopädischen Behandlungen zu kürzen, zu. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die kieferorthopädischen Behandlungen neuerdings zum festgehaltenen günstigen Tarif abgerechnet werden dürfen. Wir begrüssen es weiter, dass die gesamtheitlichen Vorsorgemassnahmen (z.B. Kariesprophylaxe) weiterhin subventioniert und vom Kanton durchgeführt werden.

3. Bemerkungen zu den einzelnen Paragraphen:

Aus obengenannten Gründen stimmt die FDP.Die Liberalen Baselland der vorgeschlagenen Änderung des § 10 des Kinder- und Jugendzahnpflegegesetzes zu.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und stehen Ihnen für die Beantwortung eventueller Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen Baselland


Christine Frey
Parteipräsidentin


